

12 Nachwort: Argentinien nach 2015

Die vorliegende Untersuchung der Kirchner-Regierungen beschränkt sich auf den Zeitraum zwischen 2003 und 2015. Obwohl ich die Forschung zu diesem Projekt noch während der letzten Jahre des Kirchnerismus begonnen habe, habe ich weite Teile der Studie in den darauffolgenden Jahren verfasst. Mit seiner Abwahl 2015 schien das kirchneristische Projekt zu einem Ende gelangt zu sein. Allerdings hielten die politischen Entwicklungen des Landes im Anschluss einige unerwartete Wendungen bereit, die wenige so vorausgesehen haben. Noch wenigere hätten wohl erwartet, dass am Ende dieser Entwicklungen Cristiana Fernández erneut das Präsidentschaftsamt, dieses Mal allerdings das der Vizepräsidentin, bekleiden würde. Wie es dazu kam, möchte ich abschließend noch in aller Kürze skizzieren.

Im November 2015 hatte sich Mauricio Macri (*Cambiamos*) mit 51,3 % in der Stichwahl gegenüber dem Kandidaten der *Frente para la Victoria* (FPV) Daniel Scioli (48,7 %) durchgesetzt. Zuvor war Mauricio Macri, der Sohn eines argentinischen Bauunternehmers, zwischen 2007 und 2015 Bürgermeister der Stadt Buenos Aires gewesen. Vor seiner Zeit als Bürgermeister stand er als Präsident des bekanntesten argentinischen Fußballvereins *Club Atlético Boca Juniors* in der Öffentlichkeit.

Das Ergebnis der Wahl von 2015 deutete tiefgreifende Veränderungen in der politischen Landschaft Argentiniens an. Erstmals seit der Rückkehr zur Demokratie 1983 gelang es einer neuen politischen Kraft abseits der beiden historischen Parteien des Landes – der *Partido Justicialista* (PJ) und der *Unión Cívica Radical* (UCR) –, die Präsidentschaft zu erringen. Darüber hinaus gewann *Cambiamos* mit ihrer Kandidatin María Eugenia Vidal auch das Gouverneursamt in der Provinz Buenos Aires, traditionell eine Hochburg des Peronismus.

Der Wahlsieg Mauricio Macris wird in der Retrospektive häufig als das Ende des progressiven Zyklus in der Region gedeutet. Sein Sieg hätte eine Rechtswende in der Region eingeleitet, die sich dann in anderen Ländern wie Brasilien, Chile oder Ecuador fortsetzt habe. In der politikwissenschaftlichen Wahlforschung ist diese These allerdings umstritten. Zwar gab es ein Mandat für einen Regierungswechsel, die Wahl 2015 war aber auch eine Abstimmung über die kirchneristische Regierungszeit und die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes (Tagina 2018). In Lateinamerika korreliert die Unterstützung für amtierende Präsidenten/Präsi-

tinnen grundsätzlich stark mit der wirtschaftlichen Situation in der sich das Land zum Zeitpunkt der Wahl befindet (Murillo/Visconti 2017). Wie in Kapitel 7 des Buches ausführlich analysiert, waren die strukturellen Probleme der argentinischen Wirtschaft in den letzten Jahren des Kirchnerismus immer klarer zutage getreten und im Alltag spürbar geworden. Die Wahl Macris 2015 muss also vor dem Hintergrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation des Landes gesehen und wenigstens in Teilen auch als ein Votum gegen die Amtsinhaberin interpretiert werden (Murillo/Levitsky 2019).

Und so setzten Teile der argentinischen Bevölkerung große Hoffnung in den ehemaligen Bürgermeister der Stadt Buenos Aires. Schon der Name der Wahlallianz *Cambiamos* (»Verändern wir«) trug das Versprechen eines Wandels in sich. Im Vergleich zu anderen rechten Regierungen, die später in der Region nachfolgten, war die diskursive Stoßrichtung Macris jedoch nicht vorwiegend autoritärer Art. Vielmehr war sein Wahlkampf von einem gemäßigten Ton geprägt. So versprach er die politische Polarisierung zu beenden und gesellschaftliche Kluft zu schließen (»cerrar la grieta«) und eine Art Befriedung der argentinischen Gesellschaft herbeizuführen. Diskursiv bediente sich *Cambiamos* eines Narrativs, das die eigene Position als post-ideologisch und post-politisch, d.h. in Abgrenzung zu der permanenten Hyperpolitisierung des Populismus, kontrastierte. Von einer »Revolution der Freude« (»revolución de la alegría«) war die Rede, und die Wahlkampfveranstaltungen erinnerten an Unternehmensfeiern, bei denen sich alle Beteiligten gut amüsieren. Die Politik wurde zu einer Frage des richtigen Managements erklärt. Diese Ausrichtung spiegelte sich später auch in der Besetzung von Ministerposten wider. Viele der MinisterInnen unter Macri waren zuvor CEOs privatwirtschaftlicher Unternehmen gewesen, entstammten NGOs oder Stiftungen (»CEOcracy« war einer der Begriffe, der in Argentinien für das Macri-Kabinettt kursierte) (zur Geschichte von *Cambiamos* vgl. Vommaro 2017; Vommaro et al. 2015). Ein Beispiel für diese Besetzungspolitik ist der bis 2018 unter Macri amtierende Energieminister Juan José Aranguren, der zuvor CEO von Shell gewesen war.

Auf programmatrischer Ebene war Macri mit dem Versprechen angetreten, die Inflation einzudämmen (berühmt wurde sein Satz im Wahlkampf »die Inflation wird während meiner Präsidentschaft kein Thema sein«), die Armut auf null zu senken, die Wirtschaft zu öffnen und Argentinien wieder an die internationalen Finanzmärkte anzuschließen. Der Weg dorthin wurde überschrieben mit dem Begriff eines notwendigen »sinceramiento« (von »sincero« span.: ehrlich, aufrichtig): Es sei notwendig, beispielsweise die wirklichen Preise für Güter der öffentlichen Grundversorgung oder das wahre Inflationsniveau offenzulegen und sie genauso wie den Arbeitsmarkt und den Wechselkurs dem »freien Spiel« von Angebot und Nachfrage zu übergeben. Zu Beginn seiner Amtszeit verwies Macri regelmäßig auf das schwere Erbe (»pesada herencia«), das der Kirchnerismus hinterlassen habe, und darauf, dass es Zeit brauche, bis sich die Lage verbessere. Hierzu müsse zu-

nächst eine Phase der Austerität und Entbehrungen durchschritten werden, bevor eine Neugründung der argentinischen Wirtschaft und Gesellschaft vollzogen werden könne. Auch die medienwirksamen Korruptionsprozesse gegen UnternehmerInnen, die der ehemaligen Regierung nahegestanden hatten, und gegen die Ex-Präsidentin selbst bedienten dieses Narrativ einer notwendigen ›Reinigung‹. Viele der Metaphern und Bilder, derer sich die Regierung Macri bediente, erinnerten an ein Heilkuren-Vokabular: So wurden nicht nur die Exzesse des Populismus angeprangert, sondern die Regierung ließ auch verlautbaren, dass die Leute während des Kirchnerismus über ihre Verhältnisse gelebt hätten oder dass man den aufgeblähten Staatsapparate vom »Fett an AktivistInnen« (»grasa militante«) befreien müssen.

Und tatsächlich erzielten diese Erzählung und das mit ihr verbundene Zukunftsversprechen der Regierung ihre erhoffte Wirkung. Ein gewichtiger Teil der ArgentinierInnen schenkte der Regierung auch noch ihr Vertrauen, als sich die wirtschaftliche Lage zunächst weiter verschlechterte, wie sich unter anderem in den guten Resultaten von *Cambiamos* bei den Zwischenwahlen 2017 zeigte (Muriillo/Levitsky 2019). Allerdings veränderte sich die Situation in der zweiten Hälfte der Amtszeit Macris. Hatten viele 2017 noch geduldig ausgeharrt und der Regierung die von ihr geforderte Zeit eingeräumt, sanken 2018 und in der ersten Hälfte von 2019, als die versprochenen Verbesserungen ausblieben, das Vertrauen in die Regierung und die Zustimmungswerte des Präsidenten stetig.

Analysiert man die Bilanz seiner vierjährigen Amtszeit, verwundern die sinkenden Zustimmungswerte Macris nicht. In fast allen Bereich scheiterte die Regierung an den von ihr selbst formulierten Zielen. Das Versprechen, die Inflation zu senken, konnte die Regierung nicht erfüllen. Die Inflation stieg in den Jahren 2016-2019 weiter an und erreichte im Dezember 2019 mit knapp 53 % ein Rekordhoch (ECLAC). Lag die durchschnittliche Jahresinflation während der letzten Amtszeit von Cristina Fernández (2011-2015) bei knapp 28 %, betrug sie während der Regierung Macri fast 39 %.

Erwerbslosigkeit und Unterbeschäftigung stiegen ebenfalls an, während die Reallöhne fielen. Die steigende Erwerbslosigkeit im Privatsektor wurde begleitet von Entlassungen im öffentlichen Sektor. Diese Entlassungen gingen einher mit ungünstigen Äußerungen der Regierung über das Personal in staatlichen Programmen und Ministerien (»grasa militante«, »ñoquis«), das mit dem Argument entlassen wurde, man müsse die staatliche Administration verschlanken. Eine jüngst veröffentlichte Studie zeigt jedoch, dass die staatliche Verwaltung unter Macri zu den größten seit der Rückkehr zur Demokratie 1983 zählte (Gasparin et al. 2020). Auch waren die Einstellungspolitikern weit davon entfernt, einem meritokratischen System zu folgen, wie es sich die Regierung selbst auf die Fahnen schrieb.

Ebenso stieg die Armut in Argentinien in jenen Jahren stark an. Bis 2019 stieg der Anteil der Bevölkerung, der in Armut lebte, wieder auf über 35 %, d.h., ca. 3,3

Millionen ArgentinierInnen fielen während der Jahre 2016-2019 unter die Armutsgrenze (Worldbank). Der Vergleich mit den Jahren der Kirchner-Regierungen ist aufgrund der Intervention des INDEC 2007 und der Entscheidung der Regierung Macris, die Berechnungsmethoden des nationalen Statistikinstituts neu aufzusetzen, schwierig (s. Fußnote 1, Kapitel 6). Am grundlegenden Befund einer stark steigenden Tendenz besteht aber kein Zweifel. Es sollte dabei nicht aus dem Blick geraten, dass die vier Jahre Amtszeit Macris für die Eliten des Landes teilweise ein lukratives Geschäft waren. Während die drei unteren Einkommenszehntel schwere Einbußen bei ihren Realeinkommen hinnehmen mussten, konnten die obersten zwei Dezile der Einkommensverteilung ihre Realeinkommen im gleich Zeitraum vergrößern (Riorda 2019).

Ein wichtiger Grund für die verschlechterte wirtschaftliche Lage vieler ArgentinierInnen waren die extrem angestiegenen Kosten im Bereich der öffentlichen Grundversorgung. Gegen Ende der Kirchner-Periode waren die Kosten für die massiven Subventionen der Verbraucherpreise zu einem gesamtwirtschaftlichen Problem geworden (Kapitel 7). Jede Nachfolgeregierung hätte hier Anpassungen vornehmen müssen. Allerdings verordnete die Regierung Macris direkt zu Beginn eine regelrechte Schocktherapie. Unmittelbar nach Amtsantritt wurden die Subventionen für die Preise von Strom und Gas, wenig später diejenigen für den öffentlichen Personenverkehr gekürzt. In Buenos Aires, wo die Subventionen am höchsten waren, stiegen die Stromrechnungen der EndverbraucherInnen bis 2018 zwischen 1050 % und 2288 % an. Um Strom, Gas, Wasser zu bezahlen, mussten 2018 von einem Durchschnittslohn 11,3 % aufgewendet werden. Im Jahr 2015 waren es lediglich 1,9 % (CIFRA/CTA 2019).

Im Bereich der Sozialpolitiken nahm die Regierung zunächst keine Kürzungen vor. Während des Wahlkampfes hatte Macri versprochen, wichtige Sozialprogramme der Vorgängerregierung weiterzuführen. Allerdings wurden neue Schwerpunkte gesetzt, und teilweise kam es zu einem sogenannten »policy drift« (Niedzwiecki/Pribble 2017). Mit »policy drift« beschreibt die Politikwissenschaft das Phänomen, das Effekte von Politiken sich verändern, wenn Letztere nicht an sich verändernde Rahmenbedingungen angepasst werden (Galvin/Hacker 2020). So führte die Regierung etwa das Kindergeld der *Asignación Universal por Hijo* (AUH) fort und hob dieses zu Beginn ihrer Amtszeit sogar an. Im Kontext der weiter steigenden Inflation sank dieses staatliche Kindergeld aber real. Ähnliche Prozesse ließen sich für andere staatliche Programme beobachten, die etwa auf Ebene des Personals aufgrund mangelnder Finanzierung langsam »ausbluteten«.

Bei der Außen- und Handelspolitik vollzog die Regierung Macri gegenüber den Kirchner-Regierungen eine radikale Wende. Direkt zu Beginn seiner Amtszeit trieb Macri die Öffnung der argentinischen Wirtschaft voran. Die Exportzölle auf Agrarprodukte wurden auf null reduziert (eine Ausnahme bildeten die Zölle auf Soja, die lediglich gesenkt wurden). Auch außenpolitisch wendete man sich von den Insti-

tutionen regionaler Integration ab, die unter den progressiven Regierungen in der Region geschaffen worden waren, und wandte sich stattdessen der Achse rund um die Pazifik-Allianz mit Ländern wie Peru, Kolumbien und Chile zu. Die Regulierungen an den Devisenmärkten und für Investitionen wurden aufgehoben (Bortz et al. 2021). Um wieder Kredit auf den internationalen Finanzmärkten zu erhalten, wurden die Forderungen der internationalen Gläubiger erfüllt, die nicht an der Schuldenumstrukturierung, die unter Kirchner verhandelt worden war, teilgenommen hatten (Cantamutto/Ozarow 2016). Durch diese Einigung erzielten die Gläubiger Gewinne von 1180 % (!) im Vergleich zu ihrem ursprünglichen Investment (Guzman/Stiglitz 2016). Doch wie auch in anderen Bereichen errichtete man mit dieser Politik, welche die Regierung als »Rückkehr in die Welt« (*»vuelta al mundo«*) bezeichnete, nicht die erhofften Ergebnisse. Der angekündigte »Regen an Investitionen« (*»lluvia de inversiones«*) blieb aus. Tatsächlich bewirkte die Aufhebung der Finanzregulierungen sogar das Gegenteil dessen, was man sich von ihr erhofft hatte: Die Auslandsverschuldung stieg in den vier Jahren um ca. 100 Mrd. auf über 300 Mrd. US-Dollar an. Allerdings wurden die Kapitalflüsse kaum investiert, sondern dienten vor allem Finanzspekulationen. Im gleichen Zeitraum kam es zu einer Kapitalflucht aus dem Land von ca. 94 Mrd. US-Dollar (Basualdo et al. 2019: 6). 2018 wandte sich die Regierung schließlich wieder an den Internationalen Währungsfonds (IWF), um Kredite aufzunehmen. Am Ende der Amtszeit von Mauricio Macri 2019 war Argentinien das Land mit der höchsten Verschuldung beim IWF, und die Regierung musste schließlich Mitte des gleichen Jahres erklären, dass sie nicht in der Lage war, die bevorstehende Rückzahlungstranche fristgerecht zu erfüllen.

Diese kurze Bilanz der Regierung Macris macht deutlich, dass sie an den von ihr selbst ausgegebenen Zielen scheiterte. Anschließend an die Argumente, die ich in der vorliegenden Studie im Hinblick auf das Verhältnis von Kirchnerismus und argentinischer Mittelklasse herausgearbeitet habe, möchte ich kurz auf die klassenspezifischen Konnotationen der Versprechen der Regierung und ihr Scheitern, diese zu erfüllen, eingehen. Für die Analyse der Enttäuschung über die Macri-Regierung, erscheint es mir bedeutsam, dass die Regierung es nicht vermocht hatte, in Bezug auf Forderungen Wort zu halten, die, wie ich anderorts darlegt habe, zu dem gehören, was sich als »moralische Ökonomie der Mittelklasse« bezeichnen lässt (Boos 2020). Wie E. P. Thompson (1971) für die Brotpreisaufstände und Nahrungsmittelrevolten im England des 18. Jahrhundert gezeigt hat, lag den Unruhen – abseits der unmittelbaren materiellen Not – ein System aus sozialen Normen und Werten zugrunde, das bestimmte, was als gerechte Wirtschaft, als gute Regierung und als Gewohnheitsrecht angesehen wurde. Ein solches System lässt sich auch für die argentinische Mittelklasse ausmachen. Inflation und Wechselkurs des argentinischen Pesos sind permanentes Gesprächsthema aufgrund der zyklisch wiederkehrenden Wirtschafts- und Währungskrisen. Das Sparen in ausländischen Währungen gehört zu einer tiefverwurzelten kulturellen Praxis in der argentinischen

schen Mittelklasse (Bercovich/Rebossio 2013; Luzzi/Wilkis 2019). Die Angst vor der steigenden Inflation ist genauso Teil dieser moralischen Ökonomie der argentinischen Mittelklasse wie die Forderung nach einem unbeschränkten Zugang zu Fremdwährungen. Sie sind Teil einer Alltagsökonomie der Mittelklasse. Auch die von der Macri-Regierung versprochene »Rückkehr in die Welt«, also die Rückkehr auf die internationale Bühne als respektiertes und ernstgenommenes Land, lässt sich in diese Richtung interpretieren. All diese Versprechen waren zentral im Wahlkampf 2015. Dass die Regierung genau bei der Erfüllung dieser Kernversprechen versagte, erklärt in teilen die sinkende Unterstützung für Macri in der Mittelklasse.

Lange Zeit sah es trotzdem so aus, als ob Macri bei den Wahlen 2019 wiedergewählt werden könnte. Grund war die gesplante Opposition und die Figur Cristina Fernández: Auf der einen Seite blieb die ehemalige Präsidentin die beliebteste Politikerin innerhalb des peronistischen Spektrums. Auch während der Amtszeit Macris konnte sie auf einen stabilen Kern an kirchneristischen AktivistInnen und an Unterstützung aus der Bevölkerung zählen. Auf der anderen Seite war sie weiterhin ein »rotes Tuch« für die GegnerInnen des Kirchnerismus. Die »grieta«, die gesellschaftliche Spaltung, war in den vier Jahren der Amtszeit Macris nicht kleiner geworden.

Die Ausgangssituation änderte sich jedoch radikal im Mai 2019, als bekannt wurde, dass Alberto Fernández zur Präsidentschaftswahl antreten und Cristiana Fernández lediglich als seine Vizepräsidentin kandidieren würde. Alberto Fernández war unter Néstor Kirchner und zunächst auch unter Cristina Fernández Kabinettschef gewesen, bevor er aufgrund von Differenzen mit der Präsidentin Mitte 2008 zurücktrat. Alberto Fernández verkörpert eine Gruppe an öffentlichen FunktionärInnen, die sich in jener Phase zunehmend von der Regierung distanzieren, viele der inhaltlichen Ziele des kirchneristischen Projekts jedoch weiterhin teilen (ein weiteres Beispiel ist der nun unter Fernández amtierende Minister für Produktion Matías Kulfas). Mit seiner nüchternen Art sprach Alberto Fernández genau jenen Teil der argentinischen Mittelklasse an, der ab 2008/2009 vor allem den Stil der Kirchner-Regierung kritisch sah. Die Kandidatur von Fernández und Fernández unter dem programmatischen Namen *Frente de Todos* (»Front eines Jeden«) vereinte somit den harten Kern des Kirchnerismus mit jenem Teil der WählerInnen, der sich an der Person Cristina Fernández stieß. Später wurden auch noch andere Strömungen des Peronismus in die Wahlallianz integriert.

Bei den Vorwahlen im August holte Fernández dann 47,8 % und ließ Macri (31,8 %) weit hinter sich. Die Differenz war so groß, dass viele die Wahl bereits vor dem eigentlichen Termin im Oktober für entschieden hielten und das Ende der politischen Karriere Mauricio Macris gekommen sahen. Tatsächlich gingen in den folgenden zwei Monaten bis zur Wahl viele lokale KandidatInnen der Wahlallianz von Macris *Juntos por el Cambio* (»Gemeinsam für den Wandel«) auf Distanz zum noch amtierenden Präsidenten. Zudem verschlechterte sich die wirtschaftliche La-

ge weiter drastisch. Umso überraschender war es, dass das Ergebnis der Wahl am 27. Oktober dann doch enger ausfiel, als zuvor angenommen. Zwar reichten die 48,2 % der Wahlstimmen für Fernández, um im ersten Wahlgang zum Präsidenten gewählt zu werden. Allerdings fiel das Ergebnis von Macri mit 40,3 % höher aus, als man nach der Vorwahl erwartet hatte. In der Zeit zwischen Vorwahlen und Wahlen hatte es so ausgesehen, als ob das politische Projekt rund um Macri implodieren würde und die politische Rechte in Argentinien aufgrund der verheerenden Bilanz seiner Amtszeit für die kommenden Jahre delegitimiert wäre. Das Ergebnis zeigte nun jedoch, dass auch das politische Projekt Macris weiterhin auf einen Kern an UnterstützerInnen zählen kann. Interessanterweise war die Wirtschaftspolitik bei allen WählerInnen ein wichtiger Entscheidungsgrund, allerdings spielte die schlechte Lage der Wirtschaft bei den WählerInnen von Macri eine untergeordnetere Rolle als bei WählerInnen von Fernández (Ratto 2020). Studien über die Wahlmotive deuten somit darauf hin, dass es weiterhin einen harten Kern an WählerInnen gibt, die trotz der durch die Regierung Macris enttäuschten Erwartungen eine stark anti-kirchneristische und anti-peronistische Haltung haben und für ein rechtes Projekt zu gewinnen sind.

Wie es in den kommenden Jahren mit dem Mitte-links-Spektrum des Peronismus weitergeht, lässt sich derzeit schwer abschätzen. Wenige Wochen nach Amtsantritt von Alberto Fernández brach auch in Argentinien die Covid-19-Pandemie los. Eine Bewertung der politischen Ausrichtung abseits der Krisenpolitik der Regierung fällt somit schwer. Zu Beginn wurde Fernández – auch im Vergleich zu anderen Regierungen in der Region – allseits für seine umsichtige Pandemie-Politik gelobt und war sehr beliebt. Mittlerweile zeigt sich aber auch in Argentinien ein Effekt, der global zu beobachten ist. Erschöpfung, wirtschaftliche Nöte oder politische Skandale rund um die Vergabe von Impfterminen führen dazu, dass die Beliebtheitswerte der Regierung und des Präsidenten zunehmend sinken.

Was in den kommenden Jahren in Folge der Pandemie in Argentinien politisch entstehen wird, ist derzeit offen. Klar ist, dass die Pandemie die Ungleichheit in der Region bereits jetzt vertieft hat und weiter verstärken wird (ECLAC 2021). Offen ist demgegenüber die Frage, wer aus der schwierigen Situation politisch Kapital schlagen kann. Gerade die Entwicklungen innerhalb der rechten Kräfte in Argentinien werden in besonderer Weise zu beobachten sein. Zwar inszenierten schon während der Amtszeit Macris Figuren wie die Ministerin für Sicherheit Patricia Bullrich öffentlichkeitswirksam eine ›Politik der harten Hand‹. Trotzdem unterschied sich die Regierung von den rechtsextremen und antidemokratischen Regierungen in der Region, wie etwa die Regierung von Jair Bolsonaro in Brasilien. Nach dem schlechten Ergebnis in der Vorwahl verschärfte Macri seinen moderaten Diskurs jedoch mit dem Ziel, rechtskonservative WählerInnen für sich zu gewinnen.

Diese Lücke einer rechten Hardliner-Position innerhalb des Spektrums der politischen Kräfte in Argentinien ist bisher noch nicht besetzt. Zwar hatten der Ex-

Militär Juan Gómez Centurión und der Ökonom José Luis Espert bereits bei der Wahl 2019 versucht, in diese Lücke zu stoßen, scheiterten aber mit ihrem Versuch. Jedoch bemühen sich mittlerweile unterschiedliche Kleinparteien und Kräfte – etwa in Form des Bündnisses *Frente Avanza Libertad* (»Front Freiheit schreitet voran«) – dieses Spektrums zu vereinen. Ziel dieser Kräfte ist es, jenen Schritt zu vollziehen, der in anderen Ländern wie Brasilien, Bolivien oder Uruguay bereits stattgefunden hat, und libertäre Wirtschaftsideologie mit sozialkonservativen bis rechtsextremen Positionen in einer politischen Kraft zu vereinen.

Gleichzeitig ist in Argentinien die Mobilisierungsfähigkeit sozialer Bewegungen und außerparlamentarisch organisierter Zusammenhänge nicht zu unterschätzen. Während der Macri-Regierung waren es etwa die feministischen Bewegungen des Landes, die es schafften, Druck auf die Regierung auszuüben und andere Formen der Politik und des sozialen Zusammenhalts aufzuzeigen (Gago 2020; Mason-Deese 2020). Ebenso spannende Entwicklungen gab es im informellen Sektor der argentinischen Wirtschaft. Die sich selbst als ArbeiterInnen der »popularen Ökonomien« bezeichnenden Lohnabhängigen gründeten mit der *Confederation of Workers of the Popular Economy* (CTEP) bereits 2011 eine offizielle Gewerkschaftsvertretung (Fernández-Álvarez 2020), waren zentraler Akteur im Widerstand gegen die Politiken der Macri-Regierung und stellen genauso wie die feministischen Bewegungen alte Formen der argentinischen Politik infrage. Es bleibt also abzuwarten, in welche Richtung sich Argentinien in den nächsten Jahren bewegen wird.